

Peter Ruben
**Über Meinung und Wahrheit im Kontext ökonomisch-
philosophischer Probleme der Gegenwart**
Neue Bemerkungen zu einem alten Problem¹

Meine Damen und Herren,
der Wechsel im Amt des Direktors einer Institution, die seit mehr als 30 Jahren philosophischer Forschung und Edition verpflichtet ist, findet in einer Situation statt, in der es mir unangemessen zu sein scheint, nach den üblichen Regeln für Antrittsvorlesungen zu verfahren und Ihnen ein Thema meines speziellen Forschungsinteresses so zu präsentieren, als sei in unserer Welt nichts geschehen und bei unterstellter Kontinuität der Institution allein das intellektuelle Bedürfnis zu befriedigen, die besondere Sicht eines neuen Amtsinhabers auf einen legitimen Gegenstand der gemeinsam realisierten Wissenschaft vorzustellen. Das ist in Zeiten ruhigen Fortschreitens im Rahmen gegebener und stabiler Ordnung wissenschaftlichen Betriebs natürlich sinnvoll und akademisch honorig. Aber im Herbst 1989 ist die Ordnung, die auch dieses Institut als eines ihrer Glieder eingeschlossen hat, zusammengebrochen. Und gegenwärtig befinden wir uns in einem Übergang, in dem die Anpassung an die Wissenschaftsverfassung der Bundesrepublik auf der Tagesordnung steht, in dem wir aus dem Verband der Akademie der Wissenschaften der DDR in die Kompetenz des Landes Berlin entlassen werden, in dem das bisherige Selbstverständnis unserer eigenen Produktion als Philosophen in einem Lande Thema ist, das seine eigene Negation beschlossen und sich als Teil des neu entstehenden politischen Körpers der Deutschen zu reorganisieren entschlossen hat.

Das ist ohne Zweifel ein tiefgreifender geschichtlicher Wandel, dessen philosophische Reflexion mit Sicherheit erfolgen wird. Und es kann keinen Zweifel daran geben, dass sich die Substanz philosophischer Kompetenz in der nun bald

¹ Vortrag zur Investitur als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR am 21. September 1990

ehemaligen DDR daran wird erweisen müssen, ob Philosophen, die in ihr ausgebildet, gearbeitet, ihre Auseinandersetzungen so oder so bestanden haben, zu einer philosophisch respektablen Reflexion dieses Wandels und seiner Voraussetzungen werden beitragen können.

Momentan ist der Schein nicht ausgeräumt, dass die Philosophen in der DDR angesichts des Zusammenbruchs des Systems, in dem sie agiert haben, sprachlos seien. Im Juli des Jahres publizierte die Deutsche Zeitschrift für Philosophie eine Zuschrift der Magdalene Schönhoff vom März 1990, in der die zur Zeit arbeitslose Diplomingenieurin beklagte: "... in diesen Wochen fühle sicher nicht nur ich mich im Stich gelassen. Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?" (DZfPh 38/1990/7, 696) Wer mit der Kennzeichnung "philosophische Elite dieses Landes" auch immer gemeint sein mag, wahr ist, dass die Öffentlichkeit bisher keinen ernsthaften Reflexionsversuch des bisherigen Wirkens der Repräsentanten der DDR-Philosophie zur Kenntnis nehmen konnte. Er liegt nicht vor und wohl auch nicht in den Schreibtischen. Die "philosophische Elite", die Frau Schönhoff wahrscheinlich meint, hat, so darf ich vielleicht sagen, ihr Korsett, geschnürt von der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED und über mehr als 30 Jahre von Kurt Hager geleitet, verloren und steht nun atomisiert und in der Tat verstummt vor einem Berg an Trümmern, den sie als Produkt auch des eigenen Tuns erkennen und begreifen muss, will sie Frau Schönhoff und den ihr Gleichgesinnten Rede und Antwort stehen. Das ist eine Aufgabe, die mit der Artikulation einiger geläufiger Redeweisen, dem aktuellen Zeitgeist gezielt angemessen, nicht erfüllt, nicht einmal in Angriff genommen ist. Das ist auch eine Aufgabe, deren Lösung sich in dem Maße erschließt, in dem der Vorgang der Aufhebung des DDR-Erbes erst wirklich wahrnehmbar macht, wie jener Trümmerberg eigentlich zusammengesetzt ist, d. h. was in ihm genuin der Philosophie, ich will nicht mit Husserl sagen, als "strenger", doch immerhin als bestimmter, besonderer Wissenschaft zukommt und was ganz anderer Provenienz ist, etwa ökonomischer, politischer oder ideologischer Herkunft.

Ich betone diese Unterscheidung umso mehr, als in der Gegenwart unsere Wissenschaft sich einer Umarmung und Erwartung gegenüber sieht, welche die Philosophie "als Gesamtschau" wähnt und sie daher für so wichtig hält, wie Prof. Dr. Paul Ziesche von der Sektion Physik der TU Dresden in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie schreibt, "dass sie nicht allein Sache der Berufsphilosophen sein kann" (DZfPh 38/1990/9, 887). Herr Ziesche legt uns als Erneuerungsprogramm nahe, "eine *Philosophie des Humanismus und Realismus*" zu "verkünden", die "nicht die Erkenntnistheorie, sondern die *Ethik* als Grundlage für ein vernünftiges Verhalten

miteinander sowie gegenüber der Natur an die Spitze stellt", die mit einer Reihe von "Bekenntnissen" den "Blick auf das heute Wesentliche" richten soll. Die "Gesamtschau", die "Verkündung", das "Bekenntnis" etc., sind gewiss mentale Aktivitäten, die wirkliche, weil wirksame, oder auch imaginierte Bedürfnisse stillen. Aber sind dies Aktivitäten der Philosophie als bestimmter Wissenschaft? Wenn, so ist auch mit dem Blick auf die Konkursmasse offizieller Philosophieproduktion in der nun vergehenden DDR zu fragen, das Philosophieren dem Interesse an Bekenntnis, Verkündung, an Einstellung und Haltung unterworfen ist, wie kann da noch von einer Wissenschaft die Rede sein, die ihrerseits doch jederzeit das Bedürfnis nach der Wahrheit befriedigen muss, also nicht ein Bekenntnis, sondern die Erkenntnis liefern soll. Bekenntnisse, Verkündigungen, Weltanschauungen sind jederzeit doch nicht Produkte philosophischen Mühens, sondern seine Gegenstände. Nicht dass ein Mensch eine Konfession hat, dass er seiner Gemeinschaft etwas verkündet, dass er eine Anschauung, eine Einstellung oder Haltung und dergleichen besitzt, macht ihn zum Philosophen, sondern dass er dies Besitztum thematisiert, als Gegenstand seines Erkennens sich vorsetzt, daher im berühmten Zweifel Descartes' im Verhältnis zu Bekenntnissen, Verkündigungen, Anschauungen etc. steht, sich von ihnen distanziert, um sie zu begreifen. Die wissenschaftliche Basis solchen Begreifens ist für die Philosophie seit den Zeiten der griechischen Antike jederzeit die Logik, d. h. die Erkenntnis, dass wir unabhängig von besonderer sinnlicher Vorstellung sehr wohl Bedingungen von Wahrheit verbindlich angeben können.

Genau an dieser Stelle, so meine ich, muss die theoretisch vernünftige Reflexion des durch die DDR-Philosophie hinterlassenen Erbes einsetzen. Herrn Ziesches Erneuerungsprogramm, das manche teilen mögen, unterstellt nämlich die weitere Geltung einer alten Annahme. Das ist die zu meinen, die Philosophie sei dasselbe wie die Proklamation einer Weltanschauung, einer "Gesamtschau", wie Herr Ziesche sagt, oder einer Ideologie, wie wir heute auch sagen können. Diese Meinung, durch Lenins Diktum vom exklusiven Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie noch verschärft und durch die Etablierung der kommunistischen Partei als Zentrum des Staatsapparats in den Rang eines offiziellen Dogmas erhoben, realisiert die unmittelbare und rücksichtslose Unterwerfung der Wissenschaft Philosophie unter die Interessen einer Führungskaste, die sich als Werkzeug einer imaginierten "historischen Mission der Arbeiterklasse" wähnt. Es wird dadurch das, was an sich *Gegenstand* der Philosophie ist, in die Stellung ihrer indiskutablen intellektuellen Voraussetzung erhoben und folglich sie selbst wesentlich unmöglich. Mit anderen Worten: Die zu realisierende Aufhebung des Erbes der DDR-Philosophie findet sich in einer paradoxen Situation. Sie hat ein Erbe zu bewältigen, das, sofern es philosophische

Bedeutung hat, unter philosophiefeindlichen Bedingungen geschaffen worden ist. Sie sieht sich mit einer Gestalt der Philosophie konfrontiert, die unvermeidlich den Stempel einer herrschenden Ideologie trägt und tragen musste, wollte sie überhaupt Dasein haben. Man hat den Eindruck, dass das, was von dieser Gestalt vielleicht erhalten wird, sich zur offiziellen Ideologie wie die berühmte Schattenwirtschaft zur zentralistischen Naturalplanung der rohkommunistischen Wirtschaft verhält. Und jeder Außenstehende muss wissen, dass die Schattenwirtschaft das notwendige Komplement zentralistischer staatlicher Planwirtschaft gewesen ist. Die staatliche Formierung einer Volkswirtschaft als zentrale Verwaltung der Ressourcen ist das eine, der individuelle Zugriff auf sie im Interesse persönlicher Lebensgestaltung das andere. Und da erstere ohne lebendige Individuen nicht zu haben gewesen ist, musste letzterer nolens volens gestattet werden.

Mit dem Blick auf diesen Zusammenhang darf man feststellen, dass die DDR-Philosophie mit jedem neuen Studienjahr sozusagen ihr naturwüchsiges Potential erfahren hat, das jenseits aller ideologischen Normierung, außerhalb des administrativen Zugriffs durch die gewöhnliche menschliche Reproduktion stets erneut zur Verfügung gestanden und die schließliche Liquidation der Philosophie, an sich eine feste Tendenz des nun erledigten Systems, de facto unmöglich gemacht hat. Die wirkliche und des Aufhebens wertige Philosophie der DDR ist das Produkt persönlichen Engagements für Erkenntnis und Wahrheit, eines Engagements, in dem die offizielle Ideologie sehr wohl als nicht ignorierbare Bedingung der Produktion unterstellt, nicht aber als sein Zweck anerkannt worden ist. Dass diese Situation in unerhört vielen Fällen zu Verwerfungen persönlicher Schicksale, zu tragischen Konsequenzen hier und grotesken Folgen dort geführt hat, ist zu bekannt, als dass ich hier und heute darauf eingehen muss.

Was ich aber weiter zur Aufhellung der die DDR-Philosophie bestimmenden geistigen Verfassung notieren möchte, das ist die nach meiner Sicht sie kennzeichnende Grundvorstellung von der Natur der menschlichen Emanzipation, das Werk der sich selbst befreienden Arbeiterklasse zu sein. Philosophie an sich, indem sie Vorurteile thematisiert, ist wenigstens geistig gesetzte Emanzipation. Insofern ist es sehr verständlich, wenn mit der Thematisierung der sozialen Frage, die einst Franz Baader 1835 im "Missverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht" begründet gesehen hat, die Arbeiterschaft als Subjekt moderner Emanzipation identifiziert worden ist, und Philosophen dieses Subjekt als Akteur begrüßt haben, der die Philosophie verwirklichen werde. Diese Wahrnehmung eines Trägers für das Weltlichwerden der Philosophie ist so neu nicht, wie wir mit

Platons Besuch in Syrakus wissen und ebenso in der Erwartung der klassischen Aufklärung kennen, welche sie mit gewissen Fürsten gehegt hat. Die so deutlich werdende praktische Interessiertheit, die philosophisch *gedachte* Emanzipation mittels besonderer Personen oder Gemeinschaften in die Welt einzubilden, muss nun wohl durch die Philosophie selbst als Aktion ihrer eigenen Negation erkannt werden, Anders gesagt: Wenn ein Philosoph meint, die Verwirklichung der Philosophie sei die Bestimmung einer partikularen Instanz, so determiniert er die Philosophie als Sache einer Partei und eben darum unphilosophisch. Indem nämlich die Philosophie mit der Unterstellung der logischen Wahrheit ihr theoretisches Fundament so besitzt, dass ihr der Wissenschaftscharakter gar nicht streitig gemacht werden kann, signalisiert sie damit zugleich, keine besondere gemeinschaftliche oder gesellschaftliche Instanz zu vertreten, sondern schlicht auf dem Standpunkt zu stehen, für die Erhaltung und Entwicklung der menschlichen Gattung gebraucht zu werden. Für die Philosophie wie für alle Wissenschaft gibt es nur eine Parteinahme, die für die Wahrheit. Die Wahrheit aber ist für jeden Menschen da und wird daher durch die Gesellschaft aller Menschen garantiert, nicht durch eine besondere Gemeinschaft oder gar eine Pseudogemeinschaft, die wir auch "Klasse" nennen.

Was ich hier thematisiere, ist natürlich nichts anderes als Marx' Bestimmung der menschlichen Emanzipation in seiner "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie", die fixiert: "Der *Kopf* dieser Emanzipation ist die *Philosophie*, ihr *Herz* das *Proletariat*. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie" (MEW 1, 391). Es ist diese begeisterte und sicher das Gemüt ergreifende Sicht, die in der DDR-Philosophie den Vereinigungspunkt mit der offiziellen Ideologie geliefert hat. Diese offizielle Ideologie hatte freilich nicht die Idee von der *Aufhebung* des Proletariats, sondern im genauen Gegenteil zu ihr die Vorstellung von der "Festigung der Macht der Arbeiterklasse", also die Annahme von der *Unaufhebbarkeit* des Proletariats. Nichtsdestoweniger ist beiden die Präsentation der Arbeiterschaft als einer die menschliche Emanzipation garantierenden Gemeinschaft eigen. Und das identifiziert den Rahmen der DDR-Philosophie als einer besonderen Gestalt der Geistesgeschichte.

Die wirkliche Arbeiterschaft der DDR hat am 18. März 1990 die schöne Unterstellung als eine Täuschung des Bewusstseins gezeigt. Sie hat das Geld gewählt, nicht um unverbesserlichen Ideologen Kummer zu bereiten, sondern um die realen Möglichkeiten zur Wiederherstellung der entsetzlich abgewirtschafteten volkswirtschaftlichen Substanz zu gewinnen. Und wie ich meine, hat sie darüber hinaus der Philosophie signalisiert, sie nicht als die Instanz eines durch sie zu realisierenden

Ideals schöner oder frommer Gemeinschaftlichkeit wahrzunehmen, sondern als den Träger eines subjektiven Produktionsvermögens, das ohne gesellschaftlichen Austausch nicht entwickelt werden kann. Sie hat ihr wirkliches Interesse gegen das ihr andgedichtete, das bloß vermeinte durchgesetzt. Bedeutet diese Ent-Täuschung der offiziellen und inoffiziellen DDR-Philosophie, dass sie in der Philosophiegeschichte keinen anderen Rang als den einer Fußnote haben wird? Ich frage damit nicht nach dem künftigen Schicksal von allerlei Kompendien des dialektischen und historischen Materialismus, sondern nach der Mitgift der DDR-Philosophie für die künftige deutsche philosophische Produktion. Und ich meine, dass diese Mitgift, wenngleich sie unter der romantischen Idealisierung der Arbeiterschaft als des modernen Trägers menschlicher Emanzipation hervorgebracht worden ist, dennoch mit ihrer Thematisierung der menschlichen Lebenstätigkeit, Wissenschaft und Technik darin eingeschlossen, Erkenntnisse versammelt hat, auf die wir auch künftig nicht verzichten können.

Freilich werden sie theoretisch reformuliert und neu bestimmt werden müssen - und zwar im Kontext der philosophischen Tradition, die im offiziellen Schulbetrieb der DDR-Philosophie nicht weniger ignoriert worden ist wie die Substanz unserer Volkswirtschaft in der zentralen staatlichen Naturalplanung. Ich sehe für mich den Ansatz zu dieser Reformulierung in der Erkenntnis, dass, falls die Vorstellungen von Gemeinschaft und Gesellschaft in Anknüpfung an Tönnies' bekannte Unterscheidungen begrifflich klar bestimmt werden, die klassische Annahme der deutschen politischen Arbeiterbewegung: "Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages" (Gothaer Programm 1875), beweisbar eine Absurdität ausdrückt. Sie ist ausgedrückt, sofern nur "Gemeinschaft" und "Gesellschaft" voneinander wohl unterschiedene Verknüpfungsarten zwischen Menschen bedeuten. Wird unter "Gesellschaft" das durch Austausch von Produkten und Diensten bestimmte Verbindungssystem gemeint, so hat die Gesellschaft an sich kein Eigentum, obwohl erst sie jeden Tauschteilnehmer als Eigentümer realisiert. Dann kann es auch kein Gemeingut der Gesellschaft geben, sondern immer nur Gemeingut einer bestimmten Gemeinschaft, sei sie eine Familie, ein Stamm, eine Nation. Es ist dann naheliegend, den Begriff der Gemeinschaft unter Voraussetzung der unmittelbaren Kooperation von Individuen zu definieren, also mit Unterstellung der Produktionsvorstellung. Mit dieser Sicht wären Gesellschaft und Gemeinschaft ähnlich zu unterscheiden wie Austausch und Produktion. Akzeptiert man solche Determination, versteht sich, dass die Verwechslung von Gemeinschaft und

Gesellschaft absurd ist. Und das legitimiert die erklärte Beurteilung der Annahme des Gothaer Programms.

Was aber absurd ist, ist unrealisierbar. Und folglich kann die Befreiung der Arbeit, d. h. die menschliche Emanzipation, nicht mittels Gemeineigentum an den Arbeitsmitteln und genossenschaftlicher Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags errungen werden. Die Unrealisierbarkeitsbehauptung betrifft hier nicht das Gemeineigentum an den Arbeitsmitteln, sondern die Unterstellung, der so konstituierte Eigentümer sei die Gesellschaft. Vielmehr ist er immer eine lokal bzw. regional besondere Gemeinschaft mit anderen außer sich, die nur zu ignorieren sind, wenn reine Subsistenzproduktion verwirklicht werden kann. Wird dagegen mit ihnen ausgetauscht, bestimmt sich der Austauschende selbst als ein Glied der Gesellschaft im erklärten Sinne. Wird aber ausgetauscht, so handelt es sich nicht um die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit, sondern um ihre Regelung nach dem Wertgesetz, um die gesellschaftliche Vermittlung der Produkte und Dienste durch Geld, sei dies nun durch Gerste, Gold, Silber, Papier oder Kreditkarten dargestellt.

Nimmt man diese Sicht an, so steht die Philosophie vor der Frage, die ideologisch tradierte Verdammung der "Herrschaft des Geldes" und der "Profitwirtschaft", die die Geschichte des modernen Kommunismus ganz wesentlich kennzeichnet, zu thematisieren, um eine erneuerte Sicht der menschlichen Emanzipation zu gewinnen. In dieser Sicht wird Marx' Vision des Austauschs als der Gattungstätigkeit sicher erhalten bleiben, aber zugleich seine Deutung desselben als des Orts wechselseitiger Prellerei, nur betrieben wegen unzureichender militärischer Potenz, den Tauschpartner zum Knecht zu machen, aufgegeben werden müssen. Der Austausch, unter welchen Motiven auch immer zustande gebracht, ist nicht einfaches Geben und Nehmen, wenn er den Wettbewerb, die Konkurrenz einschließt. Er ist dann vielmehr das Medium der positiven Selektion wertbevorzugter Produkte und Dienste, daher indirekt die Aktion der Auswahl überlegener Produktivkräfte. Und dies ist es, was ihn zur unerlässlichen Bedingung progressiver Wirtschaftsentwicklung macht, die allein und wirklich die Lösung der sozialen Frage ist.

Mit dieser Sicht des Austauschs als der definierenden Bedingung wirklicher Gesellschaftlichkeit ist nun impliziert, dass wir die Stellung des persönlichen Unternehmertums im Reproduktionsprozess neu durchdenken und begreifen müssen. Wenn nämlich Gesellschaftlichkeit als notwendige Bedingung humaner Evolution zugleich die wechselseitige Anerkennung der Austauschenden als gegeneinander

exklusive Eigentümer unterstellt, wenn weiter die Präsentation von Neuerungen im Austausch die Voraussetzung dieser Evolution ist, dann muss das Individuum als der Akteur der Neuerung anerkannt werden, d. h. sein Dasein als Person in der Wirtschaft. Eben dies bedeutet, gegen die absolute Herrschaft des Gemeineigentums in staatlicher Verfügung die Notwendigkeit des persönlichen Eigentums anzuerkennen, das allein erst das Individuum zur ökonomischen Person macht, d.h. vor allem zum Vertragspartner im Austausch. Und erst in dieser Bestimmtheit kann die Person das Unternehmertum realisieren, ohne das der Prozess der progressiven Wirtschaftsentwicklung nicht aufrechterhalten werden kann.

Im nun untergegangenen Parteistaat ist der persönliche Unternehmer Gegenstand beständiger Attacke und Denunziation gewesen - mit der Folge, dass wir im Augenblick noch immer mit einer Mentalität rechnen müssen, die das Warten auf Entscheidungen "von oben" für normal hält und sich Eigeninitiative nur schwerlich vorstellen kann, vor allem nicht im produktiven Verhalten. Der Parteistaat mit der Staatspartei als Führungsbasis und als Selektionsinstrument zur Funktionärsauswahl hat der Persönlichkeit als solcher den Krieg erklärt. Ob erklärt wird: "Du bist nichts, dein Volk ist alles", wie das in Jahren der Naziherrschaft der Fall gewesen ist, oder ob im stalinistischen Kommunismus die Unterwerfung des Individuums unter die "historische Mission der Arbeiterklasse" gefordert wird, in jedem Fall handelt es sich darum, dass eine spezielle Gemeinschaft über die Individuen gestellt wird, die ihr zugehören. Das aber ist der Ausschluss der Persönlichkeit, d. h. der Besonderheit der Person als Souverän ihres Verhaltens und Vertragspartner für andere Personen. Die Person wird dadurch auf den Funktionär heruntergebracht, der Inputs der Obrigkeit in Outputs für die Untergebenen nach genau festgelegten Regeln zu transformieren hat - koste es, was es wolle.

Solche Negation der Person aber ist in der Wirtschaft identisch mit der Verneinung des Unternehmertums überhaupt, das ich Ihnen gern im Sinne eines der bedeutendsten Ökonomen unseres Jahrhunderts, Joseph Alois Schumpeters, zu verstehen nahelegen möchte. In diesem Sinne nämlich ist ein Unternehmer nicht nur das, was z. B. das Umsatzsteuergesetz besagt: "Unternehmer ist, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt", sondern er ist im Unterschied zu den, wie die Ökonomen sagen, normalen Wirtschaftssubjekten jemand, der den gegebenen Wirtschaftskreislauf mit der Durchsetzung einer Neuerung, einer Innovation, wie man heute nach Schumpeters Vorbild sagt, durchbricht, ein wirklicher Neuerer also, nicht etwa jemand, der schlechten Ersatz aus Gründen irgendeiner "Störfreimachung" präsentiert, um eine Neuererprämie einzustreichen. Der Unternehmer ist in diesem

Sinne im deutlichen Unterschied zum bekannten Leiter jemand, der mit Mut, Verantwortungsbewusstsein, mit kluger Spekulation und Sinn für die sozialen Folgen seines Handelns erkennbare Möglichkeiten ökonomischen Fortschritts verwirklicht und genau damit als individueller Träger der Wirtschaftsentwicklung auftritt. Der Unternehmer leitet nicht nur, sondern er führt unter klaren Bedingungen der Ungewissheit und des Risikos in eine neue Lage des wirtschaftlichen Zusammenhangs. In diesem Sinne ist er der Motor der Wirtschaftsentwicklung, wenn dieses Bild nicht allzu genau genommen wird. Denn es geht in solcher Tätigkeit nicht um bloße Energieumwandlung, sondern vor allem um die Äußerung menschlicher Persönlichkeiten in der Führung zu neuen Ufern wirtschaftlichen Verhaltens, was der Inhalt der Wirtschaftsentwicklung ist.

Indem die progressive Wirtschaftsentwicklung das Neuerungsangebot im Sinne spontaner Aktivität für den Markt erfordert, stellt sich die Frage nach dem Subjekt der Neuerung, nach ihrem Initiator. Wie ich es sehe, müssen wir auch auf Grund unserer Erfahrung der letzten 45 Jahre anerkennen: Träger dieser Neuerung ist die Person, nicht die Gemeinschaft und nicht die Gesellschaft. Warum ist das so? Alle Neuerung in der Wirtschaft basiert auf der durch das Denken geleiteten Entdeckung oder Erfindung. Wer aber denkt? - Dies ist eine Frage an die Philosophie! - Eine Gemeinschaft hat sicher einen vielleicht löblichen Gemein Sinn oder common sense, aber sie denkt nicht, sondern bildet vielmehr das Kommunikationssystem für schon sprachlich fixierte Gedanken, für schon Gedachtes also. Und sie liefert sicher auch das Feld des Meinungsstreits. Sie zirkuliert also Gedanken, aber sie produziert sie nicht. Der Produzent der Gedanken ist die Person, die in ihrer konkreten Arbeit auf dem Wege des Versuchs und Irrtums erfährt und urteilt, ob bestimmten Gegenständen bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensarten zukommen oder nicht. Der denkende Mensch ist, mit Kant zu sprechen, eine Art Richter, "der die Zeugen nötigt, auf die Fragen zu antworten, die er ihnen verlegt". Mit dieser Sicht des Denkens und Erkennens ist immer unterstellt, dass die bloß sprachliche Reproduktion schon gebildeter Gedanken natürlich immer die zugrunde liegende Denkarbeit voraussetzt. Und sie wird vom Einzelmenschen verrichtet. Daher ist die Person in ihrer Freiheit für die Wirklichkeit ökonomischer Innovation unabdingbar. Daher ist die wirtschaftliche Entwicklung, wo die persönliche Freiheit ausgeschlossen wird, im höchsten Maße gefährdet und schließlich unrealisierbar. Demzufolge sind Unternehmertum und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft Kehrseiten derselben Medaille.

Ich habe davon gesprochen, dass die Philosophie vor der Aufgabe steht, die tradierte Verdammung der "Herrschaft des Geldes" und der "Profitwirtschaft" zu

thematisieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen der wundesten Punkte jener Ideologie eingehen, von der wir uns, wie ich meine, verabschieden müssen, wenn wir zur wirklichen Lösung der sozialen Frage beitragen wollen. Das ist die überkommene Vorstellung von Zins und Kredit. Sie ist Bestandteil des Selbstverständnisses des nun bankrotten Parteistaats gewesen. Indem er das uralte Vorurteil gegen Zins und Kredit übernommen, eine reine Binnenwährung verwendet und die Staatsbank dem Finanzministerium unterstellt hat, ist von einem Bankgewerbe im Sinne der Aktivitäten von Geschäftsbanken der Sache nach keine Rede gewesen. Wenn Betriebe ihre Gewinne nahezu vollständig an den Staat abführen müssen, um sodann Produktionsmitteleinkäufe mittels Kreditaufnahme beim Staat zu betreiben, wobei obendrein noch die Verschuldung durch Multiplikation mit einem Umrechnungskoeffizienten bürokratisch in der Binnenwährung mehr als vervierfacht wird, hört jedes Ernstnehmen des Kreditverhältnisses auf und damit das ökonomische Verständnis des mit ihm antizipierten Wirtschaftswachstums. Zur Beruhigung des eigenen Gewissens kann man noch auf die üble Figur des Wucherers verweisen, womit denn für den Hausgebrauch ausgemacht ist, dass Kredit eigentlich Freundschaftsdienst sein sollte, der Zins aber selbstverständlich eine Schweinerei ist.

Gegen diese Sicht des Kreditgeschäfts ist zunächst und vor allem zu sagen, dass Kreditgeber und Kreditnehmer mit dem Eingehen der Verbindlichkeiten ein soziales, ein gesellschaftliches Verhältnis zueinander eingehen, das im Falle des Produktivkredits der Produktionsentwicklung dient. Der Zins, den die Vertragspartner vereinbaren, ist daher die ideelle Vorwegnahme des Zuwachses, den die über den Kredit finanzierte Produktion erwarten lässt. Der Zins bedeutet an sich kein wie immer geartetes Knechtschaftsverhältnis, gar die "Zinsknechtschaft" der Nazi-Ideologie, sondern die ökonomische Bestimmung, die beabsichtigte Produktion so zu organisieren und zu realisieren, dass der Erlös einen Überschuss über den Kostenersatz enthält. Die Zinsvereinbarung zielt also an sich auf Produktionswachstum, und der Zins selbst ist der Sache nach der Anteil des Kreditgebers am Zuwachs, während der Kreditnehmer als Unternehmer den Gewinn als seinen Anteil einzieht. Zins und Unternehmergewinn machen zusammen das aus, was die Angelsachsen "Profit" nennen. Mit anderen Worten: Der Profit, der mit Einsatz eines Produktivkredits gemacht werden kann, hat ökonomisch die Bedeutung des Zuwachses, ist Ausdruck des Produktionswachstums. Da vernünftigerweise niemand gegen Produktionszunahme eingestellt sein kann, ist eine Denunziation des Profits an sich unweigerlich auch ein Angriff auf wachstumsorientierte Produktionsführung. Wieso kommt es dennoch dazu, dass der Profit überhaupt und der Zins im Besonderen zu Steinen des Anstoßes für viele Demagogen werden, die man ebenso rechts wie links in der politischen

Parteienlandschaft finden kann? Es ist nach meiner Überzeugung sehr wichtig, sich neben allen sonstigen praktischen Fragen der Existenzgründung mittelständischer Unternehmen auch diese zu stellen. Denn wir brauchen gegenwärtig für die geistige Klärung unserer Lage vielleicht nichts so dringend wie ökonomische Aufklärung im weitesten Sinne. Der vergangene Parteistaat hat neben dem Substanzverzehr unserer Volkswirtschaft auch einen ökonomischen Dilettantismus hervorgebracht, der - wie überall zu sehen ist - schwer auf den Gemütern lastet und enorme Hemmungen verursacht, sich auf die Bedingungen der Verkehrs- oder Marktwirtschaft richtig einzustellen. Ökonomische Aufklärung tut daher not.

Was also ist es, das der Attacke auf Zins und Profit für viele den Schein von Plausibilität verleiht? Da der Zins künftiges Wachstum antizipiert, also klar eine Spekulation auf die Zukunft ausdrückt, die kreditfinanzierte Produktion aber in der rauhen Wirklichkeit immer unter dem Risiko des Scheiterns steht - wie jede andere Produktion auch -, so ist nicht auszuschließen, dass die Verschuldung nicht, wie vorgesehen, aufgehoben werden kann. Diese bei kluger Produktionsführung durchaus beherrschbare Gefahr wird aber riesengroß, wenn die Kreditaufnahme nicht Produktions-, sondern Konsumtionszwecken dient. Sie ist ebenso groß, wenn Produktionen in Gang gesetzt werden, deren Realisierung in den Sternen geschrieben steht, für die also das Absatzproblem aus welchen Gründen immer nicht vernünftig gelöst worden ist. Es kommt dann eine Lawine der Verschuldung zustande, die seit Jahrhunderten in den stets gleichen Appell mündet, die Schulden zu streichen.

Wir erleben gegenwärtig international in dieser Beziehung nichts wesentlich anderes als das, was einst Solon in Athen erfahren hat. Es ist diese scheinbar unaufhebbare Verschuldung, die den sozialen Boden für die Attacke auf Zins und Profit unmittelbar bildet.

Es gibt aber einen noch tiefer liegenden Grund für den Angriff auf den Zins, über den die alte Mutter Kirche sicher am besten Auskunft geben kann. Denn sie hat sich lange aus gutem Grund geweigert, die Zinsnahme unter ihren Gemeindegliedern anzuerkennen. Der sozialtheoretische Kern des Kreditgeschäfts besteht nämlich darin, dass es eine Personenbeziehung konstituiert, die sich jenseits des Verhältnisses des Individuums zu seiner Gemeinschaft realisiert. Das Gemeinwesen ist nicht der Kreditgeber der Gemeinschaftsmitglieder, sondern lebt vielmehr umgekehrt von ihrer Steuer. Wenn Glieder einer Gemeinschaft in ein Kreditverhältnis eintreten, so wird damit der Anspruch des Gemeinwesens auf die individuellen Überschüsse beschränkt, und es bildet sich jenseits der speziellen Gemeinschaft das heraus, was wir im Deutschen die "Gesellschaft" nennen, die ihrerseits die Souveränität der Person

unterstellt. Das Kreditgeschäft ist also ein Mittel der Emanzipation der Person von der Gemeinschaft. Und das ist der eigentliche Grund für die Attacke auf den Zins. Man wird stets finden, dass die Zinsankläger glühend menschliche Gemeinschaft, Freundschaft, Liebe predigen und den "schnöden Mammon" angreifen, auch wenn sie gegen das Honorieren ihrer Predigten keinen Einwand haben. Sie verteidigen darin die gegebene Gemeinschaft gegen die Gesellschaft, die ihrerseits durch den Markt in Erscheinung tritt und über ihn einen Selektionsdruck auf die individuellen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte so ausübt, dass die wertbevorzugten präferiert werden, womit die am Austausch teilnehmenden Gemeinschaften gezwungen werden, auf die Dauer Strukturveränderungen vorzunehmen, falls sie nicht untergehen wollen. Indem der Zins das Signum der Gesellschaftlichkeit ist, ist er der Stein des Anstoßes für alle jene, die die "guten alten Zeiten" herbeisehnen und sich vor dem Fortschritt fürchten.

Es wäre eine Illusion zu wähen, dass wirtschaftlicher Fortschritt uneingeschränkt von allen wirklich auch gewollt wird. Denn er hat in der Tat ein Janusgesicht, weil er mit der Produktivitätssteigerung auch die Entwertung bisheriger Kräfte und Mittel einschließt. Diese Entscheidung wird, wir können das gegenwärtig in unserem Lande nur zu gut wahrnehmen, als harter und ungerechter Schicksalsschlag subjektiv empfunden. Und eben diese Empfindung ist es, die Demagogen ausnutzen, um im Strom ökonomischer Ahnungslosigkeit munter zu schwimmen, die "schmutzige Herrschaft des Geldes" unter Anklage zu stellen und frommen Gemüts die Schuldenstreichung zu fordern.

Gegen dieses seit Generationen währende Spiel gibt es nur das Mittel der ökonomischen Aufklärung, welches vor allem Kreditnehmer und -geber in spe für sich selbst, aber auch für andere ausbilden müssen. Natürlich treten beide ins Kreditgeschäft ein, um hier den Zins und dort den Gewinn zu erwirtschaften. Und da beide Ertragsarten, wenn sie positiv realisiert sind, Wirtschaftswachstum reflektieren, so hat die Gesellschaft insgesamt etwas davon. Aber da das Kreditgeschäft durch Vereinbarung Selbständiger verwirklicht wird, so können hier Kredithaie, wie man sagt, und dort Hasardeure auftreten, die nichts als den Schein des Unternehmertums vorstellen.

Das ist kein Votum gegen die Verkehrswirtschaft und für die kommunistische Gemeinwirtschaft, wie wir heute nach unserer Erfahrung feststellen müssen. Die wirklich realisierte Gemeinwirtschaft hat den Freibeuter und hemmungslosen Egoisten nicht weniger gekannt als die Privatwirtschaft. Unsere Ausschüsse zur Untersuchung

von Korruption und Amtsmissbrauch erfahren dies ganz genau. Und so ist es offensichtlich eine bloße Meinung, keine Wahrheit, dass der Ausschluss des Privateigentums und der konvertiblen Währung die Bedingung für die moralische Sicherung des Altruismus ist.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich mein ökonomisch-philosophisches Rasonnement beschließen, aber nicht ohne zum Abschluss noch festzuhalten, dass die DDR-Philosophie, abgesehen von ihrer allgemeinen Teilnahme an der ideologischen Verhimmelung der Arbeiterschaft, sich vor allem vorwerfen lassen muss, den Ausschluss der Wahrnehmung des Archipel GULag als Bedingung ihres Daseins akzeptiert zu haben.

Ich meine damit nicht die selbstverständliche Rücksicht auf die Gefährlichkeit solcher Wahrnehmung, wenn sie öffentlich gemacht wird. Ich meine die *persönliche* Entscheidung, Tatsachen nicht wahrnehmen zu wollen, für das Bewusstsein zu verdrängen oder als "objektiv unvermeidliche Nebenfolgen eines großen geschichtlichen Experiments" zu verniedlichen. Natürlich öffnen sich erst jetzt die Archive und also wird erst jetzt unser Wissen detailliert. Aber wir müssen uns eingestehen, dass die beliebte Reaktion: "Wir sind belogen und betrogen worden", sehr viel mit Selbstschutz zu tun hat und wenig mit der Wahrheit. Die Wahrheit ist vielmehr, dass wir den Terror nicht thematisiert haben, weil wir ihn im Rahmen unserer Grundauffassung nicht denken, nicht begreifen konnten.

Jene Thematisierung hätte diesen Rahmen gesprengt. Und wir sahen zu ihm keine Alternative. Damit aber produzierten wir eine Philosophie auf Knien, d. i. eine Philosophie, die der Wahrheit ihre unbedingte Gefolgschaft aufgekündigt hat. Das einzusehen, halte ich für die unerlässliche Bedingung der, wie man heute sagt, "Aufarbeitung unserer Vergangenheit". Ohne ihre Erfüllung werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Sie wird gewonnen, wenn wir uns als verantwortliche Personen dem Resultat unseres eigenen Tuns stellen. Darin erst bilden wir die Persönlichkeit aus, ohne die auch unsere Wissenschaft, die geliebte Philosophie, nicht wirkliche Existenz haben kann.